



31. Januar 2018

**Motion**

von Isabel Garcia (GLP)  
und Corina Gredig (GLP)

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung für die Einführung einer einheitlichen digitalen ID für alle StadtbewohnerInnen vorzulegen. Bei der Entwicklung dieser digitalen ID soll darauf geachtet werden, dass die persönlichen Daten nicht auf zentralen Servern oder im Internet sondern auf dem eigenen Mobiltelefon gespeichert werden und dass die Ausgabe einer solchen digitalen Identität als hoheitliche Aufgabe konzipiert ist.

**Begründung:**

Damit das städtische Dienstleistungsangebot und auch die Behördengänge für BewohnerInnen durchgängig digital in Anspruch genommen und erledigt werden können, ist eine einheitliche digitale Identifikation unerlässlich. Gerade Städte mit ihrer hohen Bevölkerungsdichte und der gleichzeitig hohen Mobilität der EinwohnerInnen sind für eine rasche Einführung der digitalen ID prädestiniert.

Die heutige Situation mit unzähligen Stand-alone-Applikationen für jeweils unterschiedliche Angebote und Transaktionen ist nicht nur kompliziert, ineffizient und teuer; sondern für potentielle UserInnen auch unübersichtlich und aufwändig. Ausserdem können Sicherheitslücken entstehen.

In der Stadt Zug wurde 2017 beispielsweise eine elektronische ID für alle BewohnerInnen erfolgreich getestet und eingeführt. Das Angebot wird von der Bevölkerung gut angenommen, denn es ist in der Nutzung für die UserInnen unkompliziert und die staatlichen Behörden verantworten Vergabe und Betrieb der digitalen ID. Die Lösung ist auch punkto Datenschutz vorbildlich, liegen die persönlichen Daten der StadtbewohnerInnen doch nicht auf zentralen Servern oder im Internet, die einem gewissen Risiko gehackt zu werden, ausgesetzt sind, sondern sind auf den Mobiltelefonen der HalterInnen einer elektronischen ID gespeichert. Somit ist jeder seinE eigeneR DatenschutzbeauftragteR.